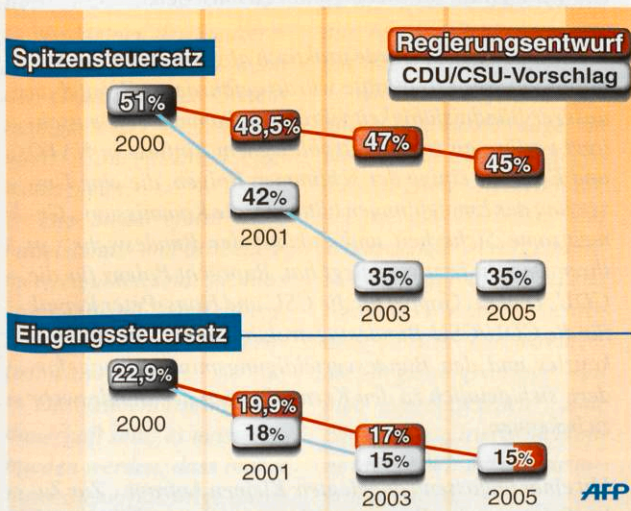


## Fakten und Argumente



### Reform der Einkommensteuer

Die Info-Grafik zeigt: Die Union macht Ernst mit der Steuersenkung, während sich die Regierung vom Höchstsatz mit 51 % kaum wegbewegt.

GENERALSEKRETÄR RUPRECHT POLENZ:

## Sprechen Sie mit den Bürgern

*Liebe Freunde,  
im Mittelpunkt der sachpolitischen Auseinandersetzung mit der rot-grünen Bundesregierung steht in diesen Wochen die längst überfällige grundlegende Reform des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts.*

*Wir brauchen die Steuerreform, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, den konjunkturellen Aufschwung zu stützen und die Grundlage für mehr Beschäftigung zu schaffen. Aus Verantwortung für unser Land können*  
Fortsetzung Seite 3

### INHALT

GENERALSEKRETÄR  
RUPRECHT POLENZ:  
*Urwahl statt primaries*  
SEITE 4

STEUERREFORM  
*Peter Rauen: Wir werden Ihrem Gesetzentwurf unsere bessere Alternative entgegenstellen*  
SEITE 5

GEMEINSAME SICHERHEIT UND  
ZUKUNFT DER BUNDESWEHR  
*Polenz, Goppel und Repnik: Kommissionsempfehlung gefährdet Stabilität der Streitkräfte*  
SEITE 8

PETER RAUEN: WIR  
WERDEN IHREM  
GESETZENTWURF UNSERE  
BESSERE ALTERNATIVE  
ENTGEGENSTELLEN

Seite 5

*Blockieren werden wir die Reform nicht. Damit in diesem Punkt Klarheit herrscht, hat Peter Rauen im Deutschen Bundestag zum Ausdruck gebracht, wie dringend notwendig die Steuerreform ist, „damit die größte Wirtschaftsna-tion in Europa wieder zum Motor für Wachstum wird“. Der Öffentlichkeit muss aber auch vor Augen geführt werden, dass die „größte Steuerreform aller Zeiten“ der untaugliche Versuch ist, die Steuerzahler zu täuschen.*

KOMMISSIONSEMPFEHLUNG  
GEFÄHRDET STABILITÄT  
DER STREITKRÄFTE

Seite 8

■ Die Wehrpflicht würde praktisch abgeschafft ■ die Stabi-lität unserer Streitkräfte würde gefährdet ■ Zweifel an unserer Bündnisfähigkeit würden aufkommen ■ Deutsch-land verlöre an sicherheitspolitischem Einfluss in NATO und EU: Nur einige der schlimmen Folgen, die eine Um-setzung der Empfehlungen hätte, die die Kommission „Ge-meinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ in ihren Bericht jetzt vorgelegt hat. Ruprecht Polenz für die CDU, Thomas Goppel für die CSU und Hans-Peter Reppik für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben den Bundes-kanzler und den Bundesverteidigungsminister aufgefor-dert, sich deutlich zu den Kernaufträgen der Bundeswehr zu bekennen.

DIE PFLEGEVERSICHERUNG  
DARF NICHT ZUM  
PFLEGEFALL WERDEN

Seite 13

*Mit einer umfassend angelegten Kleinen Anfrage „Zur Zu-kunft der sozialen Pflegeversicherung“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, ver-lässliche Eckdaten zu vier Themen-Schwerpunkten zu nen-nen: ■ Pflegeversicherungsniveau ■ Demenzkranke ■ Überwachung der Pflegequalität ■ Pflegeversiche-rung/Krankenversicherung. Ulf Fink: 1999 hatte die Pfl-egeversicherung zum ersten Mal ein Defizit. Für die Zukunft müssen weit höhere Defizite befürchtet werden – und dies trotz der Tatsache, dass seit Einführung dieser Versiche-rung die Leistungspauschalen nicht erhöht worden sind.*

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutsch-lands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.joerg.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jähr-lich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: A Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1  
 wir den Weg nicht gehen, den die SPD 1997 gegangen ist. Wir wollen keine Blockade-Strategie im Bundesrat. Aber wir erwarten, dass die Bundesregierung die berechtigten Einwände gegen ihren Gesetzentwurf berücksichtigt:

■ Wir können der Steuerreform nur zustimmen, wenn der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten gewahrt bleibt.

■ Die Steuerreform muss mittelstands- und arbeitnehmerfreundlich sein; sie muss zu einer deutlichen Nettoentlastung für Betriebe und Arbeitnehmer führen.

■ Die Nettoentlastung muss dauerhaft sein; es muss vermieden werden, dass immer mehr Steuerpflichtige durch die Progression in die Spitzenbesteuerung hineinwachsen.

### Unsere Chancen stehen gut

Die Union hat gute Chancen, im anstehenden Vermittlungsverfahren Ergebnisse zu erzielen, die in der dann zustande kommenden Steuerreform deutlich auch unsere Handschrift erkennen lassen. Wir wollen eine Steuerreform, die diesen

### Aufruf des Generalsekretärs, die Steuerpolitik in den Mittelpunkt der politischen Aktivitäten zu setzen

Namen auch wirklich verdient. Eine Steuerreform nur für die Großen ist mit uns nicht zu machen.

Wir brauchen jetzt eine politische Diskussionslage im Land, die die Einwände gegen die rot-grüne Steuerreform, wie sie aus Wirtschaft und Wissenschaft vorgetragen werden, aufgreift, erklärt und verstärkt. Wir müssen Schröders Absicht durchkreuzen, die Regierungsvorlage einfach „durchzuziehen“. Eine Oppositionspartei ist nicht ohne Macht. Wir müssen sie tatkräftig nutzen.

Ich bitte Sie herzlich, in

den kommenden Wochen die Steuerreform im Rahmen Ihrer politischen Arbeit vorrangig zu thematisieren. Sprechen Sie mit den Bürgern beim Straßencanvassing über die „Progressionsfalle“, die für Bezieher mittlerer Einkommen bereits in wenigen Jahren droht, wenn sich Rot-Grün auf ganzer Linie durchsetzt. Wenden Sie sich - wo möglich in Zusammenarbeit mit der MIT - an den örtlichen Mittelstand und erläutern Sie die höchst komplizierten und im Ergebnis schädlichen Regelungen, von denen die mittelständische Wirtschaft betroffen sein würde. Auch Steuerberater, Steuerfachanwälte oder Lohnsteuerhilfsvereine können interessierte Gesprächspartner und willkommene Multiplikatoren sein.

### MATERIALIEN FÜR IHRE DISKUSSION

Für Ihr Gespräch mit den Bürgern hat Ihnen die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Materialien zur Verfügung gestellt, die Sie in der Dokumentation dieser Ausgabe finden:

→ Redebausteine zur Steuerreform,

→ Deutschland braucht die Steuerreform,

→ Flugblätter zu verschiedenen Aspekten der Steuerpolitik: ■ Rot-grüne Steuerpolitik und die Arbeitnehmer ■ und die Arbeitslosen ■ und der Mittelstand ■ und das Großkapital ■ und die Autofahrer ■ und die Umwelt ■ und die Erben.

→ Am Schluss: Steuerformen im Vergleich.

# Ich bin auf Ihren Sachverstand **angewiesen**

## Liebe Freunde,

„... und die Regionalkonferenzen sollten wir auch beibehalten“, habe ich bei meiner Vorstellung auf dem Parteitag in Essen gesagt.

Noch bevor ich entsprechende Schritte habe in die Wege leiten können, bin ich von Kreisverbänden zu Besuchen eingeladen worden. Sie sollen dem gegenseitigen Kennenlern dienen, vor allem aber Parteimitgliedern Gelegenheit bieten, im direkten Gespräch dem neuen Generalsekretär ihre Meinung zu sagen.

Ich habe, wo immer es der Terminkalender möglich gemacht hat, zugesagt und freue mich auf lebendige Diskussionen mit Ihnen.



Als langjähriger Kreisvorsitzender weiß ich, auf wieviel Sachverstand vor Ort eine Parteiführung in Berlin zurückgreifen kann.

Um aus den bisher einzeln verabredeten Besuchen, mit denen ich Anfang Juli beginnen werde, nach Möglichkeit eine zusammenhängende Reise durch die Regionen organisieren zu können, möchte ich Sie auf diesem Weg bitten, mir die

Termine Ihrer nächsten Parteitage mitzuteilen oder anderer größerer Veranstaltungen, die Sie planen:

- telefonisch unter der Nummer: 030/2 20 70-1 70/71,
- per Fax unter der Nummer: 030/2 20 70-1 75,
- per e-mail:

[doerte.ernel@cdu.de](mailto:doerte.ernel@cdu.de)

Wenn es Ihnen möglich ist, teilen Sie mir bitte auch Ihre Vorstellungen zur Tagesordnung mit, damit wir ohne Umschweife gleich „zur Sache“ kommen können.

Ihr

Ruprecht Polenz  
Generalsekretär

## RUPRECHT POLENZ: URWAHL STATT PRIMARIES

Die CDU hält nichts von Vorwahlen nach US-Vorbild, bei denen Nicht-Parteimitglieder über Bundestags- oder Landtagskandidaten der Parteien mitentscheiden sollen, wie SPD-Generalsekretär Müntefering vorgeschlagen hat.

Drei Gründe sprechen gegen den Vorschlag: ■ Die deutschen Parteien dürfen aus ihrer Verantwortung für die Auswahl des Personals

für öffentliche Mandate nicht entlassen werden. ■ Die Kandidatenauswahl gehört zu den wichtigsten Mitwirkungsrechten eines Parteimitglieds. Verlagerte man sie auf Nicht-Parteimitglieder, verlöre die Parteimitgliedschaft eine ihrer Kernaufgaben. ■ Im Unterschied zu US-Parteien sind die deutschen Parteien auch außerhalb des Wahlkampfes aktiv. Eine Kandidatenauswahl unter Beteiligung von Nicht-

Parteimitgliedern würde den Zusammenhalt der deutschen Parteien erheblich beeinträchtigen.

Also: Gegen primaries, aber für Urwahl, Nominierung von Kandidaten durch alle Mitglieder. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Mitgliederversammlungen vieler Kreisverbände nominieren bereits Kandidaten z.B. für kommunale Ämter per Urwahl.

AUS DER BUNDESTAGSDEBATTE

# Wir werden Ihrem Gesetzentwurf unsere bessere Alternative entgegenstellen

*In der Debatte zur 2./3. Lesung des Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Rauhen:*

Die größte Steuerreform aller Zeiten, mit einer angeblichen Entlastung der Steuerzahler in Höhe von 74,6 Mrd. DM, ist bei der behaupteten Entlastung in großen Teilen ein steuer-technischer Trick und der untaugliche Versuch, die Steuerzahler zu täuschen.

Die 35,2 Mrd. DM Entlastung durch den Tarif 2003 und 2005 werden durch die heimlichen Steuererhöhungen, durch die kalte Progression, fast vollständig aufgeessen.

Von einer Mark Lohnerhöhung kassiert dann der Fiskus 45 Pfennige und die Sozialversicherungskassen 21 Pfennige, sofern die Beiträge bis dahin stabil bleiben.

Von der Mark Lohnerhöhung bleiben dem Arbeit-

nehmer dann noch ganze 34 Pfennige. Das ist noch gerade 1/4 der Kosten, die sein Arbeitgeber aus dieser Mark Lohnerhöhung hat.

Ein Facharbeiter in Steuerklasse I, der 2001 ein Jahreseinkommen von 70.000 DM zu versteuern hat, wird feststellen, dass sein Durchschnittssteuersatz von 23,81 % nach dem Tarif 2001/2002 auf 24,15 % nach dem Tarif 2005 an-

steigt, dass er bei durchschnittlichen Lohnerhöhungen von nur jeweils 2,5 % in diesen 5 Jahren dann 2.490 DM mehr Steuern zahlt als in 2001.

Ist er verheiratet und seine Ehefrau verdient monatlich 3.300 DM hinzu, steigt sein Durchschnittssteuersatz von 20,49 % auf 20,64 % und seine Steuerzahlung um 3.132 DM pro Jahr.

Bei dem Einkommensteuertarif nach unserem Gesetzentwurf hat der ledi-

ge Facharbeiter mit 70.000 DM zu versteuernden Jahreslohn in den Jahren 2001 und 2002 monatlich 86 DM mehr, in den Jahren 2003 und 2004 255 DM monatlich mehr und im Jahr 2005 monatlich 229 DM mehr.



Blockieren werden wir die Reform nicht.

## FAKTEN UND ARGUMENTE

Um diese Netto-Lohnerhöhung ohne unseren Einkommensteuertarif zu erzielen, müsste er in den Jahren 2003, 2004 und 2005 eine jährliche Lohnerhöhung von ca. 11 - 12 % bekommen

Ich weiß, dass die Regierung diese nackten Wahrheiten einer simplen Lohnabrechnung nicht gerne hört. Aber vielleicht machen sie doch den einen oder anderen von Ihnen nachdenklich.

Es ist bezeichnend, dass im ersten vollen Jahr der

Entlastung nach Einkommensgruppen

Zu versteuern- des Einkommen	Einkommenssteuer nach Tarif 2000	Nach der Steuerre- form von 2001 an	Ersparnis	Unionsmodell 2001	Ersparnis
<b>Grundtabelle*</b>					
25 000 DM	2 908 DM	2 514 DM	394 DM	2 459 DM	449 DM
50 000 DM	10 497 DM	9 648 DM	849 DM	9 235 DM	1 262 DM
120 000 DM	40 618 DM	38 895 DM	1 723 DM	35 096 DM	5 522 DM
200 000 DM	81 405 DM	77 682 DM	3 723 DM	68 686 DM	12 719 DM
<b>Splittingtabelle**</b>					
50 000 DM	5 816 DM	5 028 DM	788 DM	4 918 DM	898 DM
100 000 DM	20 994 DM	19 296 DM	1 698 DM	18 470 DM	2 524 DM
240 000 DM	81 236 DM	77 790 DM	3 446 DM	70 192 DM	11 044 DM
400 000 DM	162 810 DM	155 364 DM	7 446 DM	137 327 DM	25 438 DM

\*) gilt für Alleinstehende

\*\*) gilt für Ehegatten

Die Eckwerte der Steuerreform im Vergleich

	Tarif 2000 (geltendes Recht)	Tarif 2001 (Reformmodell der Regierung)	Unionsmodell 2001	Regierungs- modell 2003**	Unionsmodell 2003**	Regierungs- modell 2005**
Grundfreibetrag	13 499 DM	14 093 DM	14 093 DM	14 525 DM	14 579 DM	15 011 DM
Eingangssteuersatz	22,9 %	19,9 %	18,0 %	17,0 %	15,0 %	15,0 %
Spitzensteuersatz	51,0 %	48,5 %	42,0 %	47,0 %	35,0 %	45,0 %
Beginn der oberen Proportionalzone*	114 696 DM	107 568 DM	108 000 DM	102 276 DM	110 106 DM	98 766 DM

\*) Von dieser Grenze an gilt für jede zusätzlich verdiente Mark der Spitzensteuersatz

\*\*) Die Union will die Steuern schneller senken, und zwar bis zum Jahr 2003. Die Regierung plant drei Schritte bis zum Jahr 2005

Schröder-Regierung 1999 die Staatsquote um einen vollen Prozentpunkt und die Steuer- und Abgabenquote auf die Rekordhöhe von 43,7 % gestiegen ist. Sie befinden sich jedoch in guter Tradition mit Ihren Vorgängern in den 70er Jahren. Von 1969 bis 1983 stieg die Staatsquote von rd. 39 auf 51 %.

Sie wollen Unternehmen entlasten, nicht aber die Unternehmer, und sie wollen Gewinne, die im Betrieb verbleiben, begünstigen, in der Annahme, dass dadurch eher Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wer Investitionen und damit Arbeitsplätze fördern will, darf sich mit der steuerlichen Förderung nicht nur auf unternehmensinterne Ersparnisse beschränken. Die Fremdfinanzierung über den Kapitalmarkt muss ebenfalls durch eine Senkung der Steuerlast auf Ersparnis gefördert werden.

Und das gilt besonders für den Mittelstand, der die Arbeitsplätze schafft und der leider im Vergleich zu den Unternehmen, die ihr Kapital auf dem Parkett der

Börse beschaffen können, eine verdammt schwache Eigenkapitalbasis hat und auf Fremdfinanzierung angewiesen ist.

Blockieren werden wir die Reform nicht. Wir wissen allzu sehr, wie dringend notwendig sie ist, damit die größte Wirtschaftsnation der Europäischen Union wieder zum Motor für Wachstum in Europa wird, nicht Schlusslicht bleibt und der außenwirtschaftlich bedingte Konjunkturaufschwung durch eine bessere Binnenkonjunktur an Fahrt gewinnt.

■  
 Eines geht mit uns nicht: Sie können nicht beim Verkauf von Kapitalbeteiligungen von 100 % Steuerbelastung auf 0 % zurückfahren und gleichzeitig Personengesellschaften, die genauso Umstrukturierungen brauchen um Zukunft zu gewinnen, mit einem lächerlichen Freibetrag von 100.000 DM abspesen.

Sie sollten sich auch im nachhinein schämen, dass Sie im letzten Jahr den Mittelständlern, die ihren Betrieb aus Altersgründen verkaufen und den Erlös zur Alterssicherung benötigen, die Steuerbelastung verdoppelt, also von 50 % auf 100 % erhöht haben.

■  
 Der Bundeskanzler hat ausgeführt, dass ca. 1.650.000 Betriebe einen zu versteuernden Gewinn von unter 50.000 DM hätten und etwa 345.000 einen Gewinn zwischen 50.000 und 100.000 DM und dass diese Betriebe durch den Grundfreibetrag und die Tarifkorrektur im unteren Bereich entlastet würden, weil sie den Spitzensteuersatz nie sähen.

Glauben Sie wirklich, dass ca. 1,7 Mio. Mittelständler und ihre Familien mit einem Gewinn von unter 50.000 DM auf Dauer das

## Schröder sollte sich endlich überzeugen lassen

**Zehn Tausende freiwilliger Feuerwehrleute könnten Gerhard Schröder zur Vernunft bringen.**

Es sieht jedenfalls so aus, dass der Bundeskanzler die mit dem 630-Mark-Gesetz eingeführte Steuer- und Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen von Feuerwehrleuten zu Fall bringt, noch bevor er am 24. Juni in Augsburg den „Deutschen Feuerwehrtag“ besucht.

Er sollte sich endlich davon überzeugen lassen, dass auch die entsprechende Belastung für alle anderen ehrenamtlich Tätigen ein gravie-

Risiko und die Belastung der Selbstständigkeit tragen würden? Wenn das so wäre, hätten die Sozialämter noch mehr Kunden.

■  
 Sie hatten in den Jahren 1998/1999/2000 einen Aufwuchs der Steuereinnahmen von 110 Mrd. DM. Die neueste Steuerschätzung zeigt, dass 2004 die Steuereinnahmen um weitere 200 Mrd. DM über denen des laufenden Jahres liegen werden.

Es ist nicht hinzunehmen,

render politischer Fehler ist. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat jedenfalls schon Ende März den dringenden Antrag gestellt, die pauschalen Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten von Sozialversicherungsbeiträgen freizustellen und, wenn schon eine Abgrenzung gegenüber normalen Beschäftigungsverhältnissen nötig ist, geeignete Kriterien heranzuziehen als Weisungsgebundenheit und die schlechte Eingliederung in den Verein oder die Organisation, in der ein Bürger ehrenamtlich tätig geworden ist.

dass Sie vor diesem Hintergrund den Unternehmen und Bürgern eine wirklich wachstums- und beschäftigungsfördernde Steuerreform vorenthalten wollen.

■  
 Wir werden Ihren Gesetzentwurf ablehnen und ihm im Vermittlungsausschuss unsere Alternative entgegenstellen.

<http://>

Wortlaut der Rede:  
[www.cducusu.bundestag.de](http://www.cducusu.bundestag.de)

# Kommissionsempfehlung gefährdet Stabilität der Streitkräfte

*Anlässlich der Vorstellung des Berichts der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ erklärten Generalsekretär Ruprecht Polenz, CSU-Generalsekretär Thomas Goppel und der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Reppik, am 23. Mai in Berlin:*

Die Unionsparteien lehnen die Vorschläge der Wehrstrukturkommission zum Umbau der Bundeswehr ab. Mit einer Umsetzung dieser Empfehlungen würde die Wehrpflicht praktisch abgeschafft. Die Stabilität unserer Streitkräfte würde gefährdet. Dies ließe Zweifel an unserer Bündnisfähigkeit aufkommen. Die Folge: Deutschland verlore erheblich an sicherheitspolitischem Einfluss in NATO und EU.

## Nur jeder Zehnte

Die Idee eines so genannten „Auswahlwehrdienstes“ von nur noch 30 000 Grundwehrdienstleistenden bedeutet de facto die Abschaffung

der Wehrpflicht. Die Wehrerechtigkeit wäre nicht mehr gewahrt, da durchschnittlich nur jeder Zehnte eines Geburtsjahrganges von rund 400 000 jungen Männern einberufen würde. Dadurch verringert sich das Reservistenpotential dramatisch. Die Aufwuchsfähigkeit

der Bundesrepublik Deutschland geprägt.

Mit der von der Wehrstrukturkommission vorgeschlagenen Reduzierung der Zahl der Wehrpflichtigen von jetzt rund 130 000 auf 30 000 Mann bei gleichzeitigem Anstieg der Einsatzkräfte auf 140 000 Mann besteht



R. Polenz



Th. Goppel



H.-P. Reppik

im Krisenfall ist nicht mehr gewährleistet. Deutschland braucht auch weiterhin die Wehrpflicht. Die Wehrpflicht verankert die Bundeswehr in der Bevölkerung: Sie ist nicht nur sicherheits- und verteidigungspolitisch notwendig, sondern auch von hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung. Mit ihren Prinzipien der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“ hat die Bundeswehr als Armee in der Demokratie in vorbildlicher Weise die Militärtradition

die Gefahr, dass sich die Bundeswehr von einer fest in der deutschen Gesellschaft verankerten Bürgerarmee zu einer reinen Interventionsarmee wandeln könnte. Dies wollen wir nicht. Richtig ist, dass Landesverteidigung zunehmend zu „Distanzverteidigung“ wird. Richtig ist, dass unsere Streitkräfte weit aus mehr Einsatzkräfte zur Krisenbewältigung benötigen als bisher vorhanden sind, um Krisenfolgen auf Distanz zum Bündnisgebiet halten zu können. Das darf aber



nicht zu einer ausschließ-  
lich auf Auslandseinsätze  
außerhalb des Bündnisge-  
bietes ausgerichteten Trup-  
pe führen.

### Landesverteidigung ist kein „Nebenprodukt“

Die vorgeschlagenen ra-  
dikalere Kürzungen des Streit-  
kräfteumfangs von jetzt  
320 000 auf 240 000 Mann  
vernachlässigen außerdem  
die Risikovorsorge für die  
Landes- und Bündnisvertei-  
digung. Die Landes- und  
Bündnisverteidigung ist kein  
„Nebenprodukt“ deutscher  
Sicherheits- und Verteidig-  
ungspolitik, sondern bleibt  
auch in Zukunft Kernauftrag  
unserer Streitkräfte. Die  
Bundeswehr muss Stabi-  
litätsanker in Europa blei-  
ben. Die von der Wehrstruk-  
turkommission empfohlene  
Halbierung der Standorte

gefährdet die gesellschaftli-  
che Verwurzelung der Bun-  
deswehr. Unsere Soldaten  
würden aus der „Fläche“  
verschwinden und ihre Prä-  
senz in vielen Städten und  
Gemeinden unseres Landes  
aufgeben müssen. Dies hät-  
te in strukturschwachen Re-  
gionen Deutschlands, wo  
die Bundeswehr auch ein  
wichtiger Arbeitgeber ist,  
negative Folgen.

Die Bundesregierung  
muss nun endlich Farbe be-  
kennen und sagen, welche  
Sicherheitsvorsorge sie für  
Deutschland in Zukunft für  
erforderlich hält. Bisher  
wurde nur von Bundeswehr-  
reform geredet, ohne dass  
etwas geschah. Statt einer  
sorgfältigen Analyse der si-  
cherheitspolitischen Her-  
ausforderungen gibt es ein  
planloses Nebeneinander  
verschiedenster Kommis-  
sionen, Arbeitskreise, Eck-  
punkteredaktionen und

„Verteidigungsexperten“.  
Eine Linie ist nicht erkenn-  
bar. Ein klares Wort des  
Kanzlers ist schon deshalb  
notwendig, da Grüne und  
weite Teile der SPD in der  
jüngsten Vergangenheit  
mehrfach ihre Ansichten zu  
Bundeswehr- und Auslands-  
einsätzen geändert haben  
und ändern.

Verteidigungsminister  
Scharping ist gefordert, sich  
gegen Eichels Rotstift und  
gegen die Wehrpflichtgeg-  
ner Fischer und Trittin  
durchzusetzen, um eine  
Bundeswehr nach Ideologie  
und Kassenlage zu verhin-  
dern. Gefordert ist jetzt  
vor allem Regierungschef  
Schröder, der in der Ver-  
gangenheit seinem Vertei-  
digungsminister allerdings oft  
in den Rücken gefallen ist.

<http://>

Kommissionsbericht:  
[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

## FORSA-UMFRAGE IM AUFTRAG VON KABEL 1

### 81 % der Deutschen klagen über zu hohe Steuern

Das ergab eine Umfrage  
im Auftrag des Fernseh-  
senders Kabel 1. Dem-  
nach finden nur 12,3 Pro-  
zent die Steuern genau  
richtig.

60 Prozent sprachen sich  
für eine Bestrafung von

Steuersündern aus. 74,5  
Prozent würden eine halbe  
Million Mark beim Finanz-  
amt angeben. Nur 15,2 Pro-  
zent würden versuchen, die-  
se Summe an der Steuer vor-  
bei ins Ausland zu schaffen.  
Dagegen gab nur ein Pro-

zent an, ein Konto im Aus-  
land zu haben. 57,8 Pro-  
zent befürworten Strafen  
für Mitbürger, die Geld an-  
der Steuer vorbei ins Aus-  
land schaffen. Dennoch  
finden 20,1 Prozent dieses  
Verhalten clever.

# Der Entwurf der Bundesregierung erfüllt nicht die Erwartungen

**Zum Ergebnis der Anhörung von Fachleuten zum Novellierungsentwurf der Bundesregierung zum Bundeserziehungsgeldgesetz erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Annette Widmann-Mauz:**

Einig waren sich die Fachleute gleich in mehreren Punkten:

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen ist ein herausragendes familienpolitisches Ziel, für dessen Verwirklichung die Weiterentwicklung von Erziehungsgeld- und -urlaub ein wichtiges Instrument darstellt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind dafür jedoch unzureichend.

Die Höhe des Erziehungsgeldes ist weit von einer Lohnersatzleistung entfernt und ermöglicht damit keine echte Wahlfreiheit der Eltern. Ohne eine bedarfsgerechte Anhebung sowie eine Dynamisierung für die Zukunft kann von einer Verbesserung für die Familien keine Rede sein. Die Anhebung der Einkommensgren-

zen ist viel zu gering ausgefallen.

Gleichzeitig bringt die Budgetierung nur eine kurzfristige Erhöhung des Familieneinkommens, unter dem Strich aber spart der Staat auf Kosten der Familien. Die unwiderrufliche Entscheidung der Eltern über den Bezugszeitraum für das Familiengeld setzt nahezu hellseherische Fähigkeiten voraus und ignoriert jede Möglichkeit einer sich verändernden Lebenssituation.

## Auf höchst unsicherer Datenbasis

Das Antrags- und Bewilligungsverfahren wird verkompliziert und auf eine höchst unsichere Datenbasis gestellt. Eine Härtefallregelung soll es nicht geben.

Die geplante Regelung für den Erziehungsurlaub wird ebenfalls kritisch beurteilt. Den einen geht sie nicht weit genug, da der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit erst für Betriebe ab 15 Beschäftigten gelten soll. Damit ist aber ein Großteil der eigentlich Anspruchsbe-

rechtigten von vornherein ausgenommen.

Die anderen reklamieren für sich, dass es auch bisher schon auf freiwilliger Basis eine Fülle tragfähiger Konzepte der Teilzeitarbeit zugunsten beider Seiten gab. Ein Rechtsanspruch darauf verkenne aber die Probleme in der Praxis.

Überdies sei das vorgeschlagene Modell keineswegs in der Lage, einen Anreiz für Männer zu schaffen, ihren Anteil an der Familienarbeit zu übernehmen. Hier bedürfe es entweder mehr Anreize oder aber gesetzlicher Regelungen, die das „Vaterschaftsrisiko“ für die Betriebe verringerten.

In der vorgelegten Form jedenfalls könne das Modell auch dazu führen, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt als noch höheres „Risiko“ als bisher bewertet und damit ihre Chancen eher schlechter würden.

Wieder einmal haben Fachleute in einer Anhörung die Bundesregierung auf zahlreiche Ungeheimheiten in ihren Vorschlägen aufmerksam gemacht.

# CDU-Juristen kündigen Widerstand an

Zu der von Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin geplanten Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Minister a. D. Herbert Helmrich MdL:

Wir CDU-Juristen unterstützen nachhaltig die Kritik der Parteivorsitzenden Angela Merkel an der von der Bundesjustizministerin geplanten Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems. Eine Reform, die allein zum Ziel hat, das Sicherheitsinteresse unserer Bürger zum Spielball fiskalischer und ideologischer Beliebbarkeit zu machen, wird unseren vehementen Widerstand finden. Noch im Sommer wird der BACDJ eine differenzierte Position zur Kriminalpolitik vorlegen und den als Strafrechtsreform angekündigten, aber missglückten Versuch der Bundesjustizministerin zurückweisen.

Verbrecher laufen zu lassen, um Haftkosten zu sparen, ist das bislang absurdeste Vorhaben der Bundesjustizministerin. Für uns gilt: Wer Verbrechen verübt,

muss spürbar bestraft werden. Sicherheit vor Straftätern – das ist es, was der Staat den Bürgern schuldet. Dies darf nicht nur unter Kostengesichtspunkten erörtert werden. Wer Kinderschänder mit einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren mit Strafaussetzung zur Bewährung begünstigen will, darf sich über das völlige Unverständnis der Bevölkerung nicht wundern. Wer zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wird, ist kein „leichter“ Straftäter. Mit einer Ausdehnung des Anwendungsbereiches der Strafaussetzung zur Bewährung auf Haftstrafen von drei Jahren ist ein erhebliches kriminalpolitisches Risiko verbunden.

## Resozialisierung verbessern

Der BACDJ lehnt eine regelmäßige vorzeitige Haftentlassung nach Verbüßung der Hälfte der verhängten Strafe ab. Sinn und Zweck der Aussetzung des Strafrestes bei zeitiger Freiheitsstrafe ist nicht, die Kapazitäten der Justizvollzugsanstalten zu entlasten. Es

geht vielmehr um die kriminalpolitische Erwägung, die Chancen einer erfolgreichen Resozialisierung des Verurteilten im Einzelfall zu verstärken. Ebenso wenig darf die Strafaussetzung die vom Richter sorgsam vorgenommene Strafzumessung korrigieren. Es darf nicht sein, dass ein Richter regelmäßig eine doppelt so hohe Freiheitsstrafe aussprechen muss, damit der Straftäter wenigstens die Hälfte verbüßt.

Eine Ausweitung der Wiedergutmachung zu Gunsten der Opfer von Straftaten ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist sorgsam darauf zu achten, dass kein Druck auf das Opfer zur Mitwirkung ausgeübt wird. Das Opfer darf niemals gegen seinen Willen zur Resozialisierung des Täters gezwungen werden. Auch das sollte Rot-Grün bei seinem als Reform getarnten Spar- und Ideologieprogramm bedenken.

Die Bundesjustizministerin täte gut daran, – neben der Rechtsmittelreform im Zivilrecht – auch die Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems erneut zu überdenken.

UD

# Zum UiD im neuen Layout

*Viel Zustimmung und lobende Worte hat das neue Gesicht des UiD gefunden. Die Überraschung ist gelungen. Das haben uns auch zahlreiche Anrufe bestätigt. Aus den Zuschriften, die uns erreichten, einige Beispiele:*

## ...ERLAUBE ICH MIR EIN URTEIL

*Seit ich den Beruf des Schriftsetzers erlernte, ist insbesondere die Typographie lebensbegleitend für mich geworden. Und da ich seit vielen Jahren auch die Öffentlichkeitsarbeit meiner lokalen CDU-Verbände – so gut ich kann – unterstütze, erlaube ich mir ein einigermaßen fachmännisches Urteil über den neuen UiD: Er ist erste Klasse!*

*Hans Werner Büchel,  
Rottweiler*

## DATEN, FAKTEN, ZAHLEN

*Das neue Gesicht des UiD gefällt mir. Insbesondere begrüße ich, dass man mehr Infografiken sowie Daten, Fakten und Zahlen anstatt ganze Texte wichtiger Reden aufnehmen will.*

*Eckart Neumann,  
Neustadt a.d. Weinstraße*

## GEZIELTE INFORMATION

*Herzliche Glückwünsche zur Neugestaltung unseres UiD, die erkennbar weiter das Ziel verfolgt, gezielte Informationen an seine Leser weiterzugeben.*

*Klaus Emmerich,  
Birkenau*

## WAR ÜBERFÄLLIG

*Ich zähle mich zu den aufmerksameren Lesern des UiD. Sie haben uns nach der Meinung gefragt. Ich schreibe sie Ihnen unverblümt: Ein neues Äußeres des UiD war überfällig. Die neue erste Seite wirkt auf mich frisch. Ich vermisste aber wie früher ein klares CDU im Kopf. So sollte es sein: ein Thema - eine Seite!*

*Dietrich Hiller,  
Wiesbaden*

## DIE KOMPRIMIERTE ART UND WEISE

*Uns hat die neue Aufmachung des UiD sehr gut gefallen. Besonders die komprimierte Art und Weise, wie Informationen für Multiplikatoren aufbereitet werden. Und es ist ein Instrument, dass zügig aus den aktuellen bundespolitischen Bereichen informiert, und die*

*Vereinigungen, die den Charakter der Union als Erfolgspartei ausmachen, finden sich im UiD wieder.*  
*Uwe Schummer,  
Berlin*



## ANSONSTEN WEITER SO

*Der neue UiD ist wirklich gut gelungen. Ich möchte Ihnen jedoch einen Verbesserungsvorschlag unterbreiten. Auf der Titelseite sollte „CDU“ etwas besser zu erkennen sein. Ansonsten weiter so!*

*Bernd Meyer,  
Böblingen*

## GLÜCKWUNSCH

*Ich habe mit Freude die neueste Fassung des UiD als PDF-Datei bekommen und mir angesehen. Glückwunsch zum neuen Layout.*

*Alexander Vollmer,  
Lamsheim*

## NEUES OUTFIT

*Natürlich lobe ich auch gerne Kollegen! Finde den neuen UiD von der Gestaltung, Lesbarkeit prima. Grüße von der Spree an den Rhein.*

*Hans-Dieter Lehnen,  
Berlin*

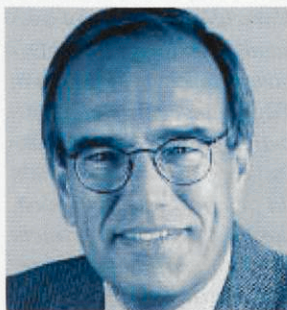
INITIATIVE DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

# Die Pflegeversicherung darf nicht zum Pflegefall werden

Anlässlich eines Pressegesprächs am 19. Mai in Berlin erklärte der Berichtserstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Fragen der Pflegeversicherung, Ulf Fink:

Rund 1,3 Millionen Pflegebedürftige der häuslichen Pflege und rund 450.000 Pflegebedürftige der stationären Pflege erhalten heute Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung. Die Pflegeversicherung ist aus der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr wegzudenken.

Die Zukunft der Pflegeversicherung bedarf größter Aufmerksamkeit. Im Jahre 1999 hatte die Pflegeversicherung zum ersten Mal ein – wenn auch geringes – Defizit aufzuweisen. Für die Zukunft müssen aber weit höhere Defizite befürchtet werden. Und dies trotz der Tatsache, dass seit Einführung der Pflegeversicherung die Leistungspauschalen nicht erhöht worden sind. Sie liegen nach wie vor bei häuslicher Pflege von bis zu DM 750 (Stufe I), DM 1.800 (Stufe II) und bis zu



DM 2.800 (Stufe III), bei stationärer Pflege DM 2.000 (Stufe I), DM 2.500 (Stufe II) und DM 2.800 (Stufe III). Bei den vorliegenden Vorausschätzungen sind auch keine Anpassungen berücksichtigt worden.

Die Bundesregierung hat trotz zahlreicher Ankündigungen keine erkennbaren und konsensfähigen Konzepte vorgelegt, die der großen Bedeutung der Pflegeversicherung gerecht werden.

**Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages ergreift deshalb die Initiative:**

Die Bundesregierung wird durch eine umfassend angelegte Kleine Anfrage „Zur Zukunft der sozialen Pflegeversicherung“ aufgefordert, verlässliche Eckda-

ten und Fakten zu benennen. Vier Themenschwerpunkte:

## 1. KOMPLEX: PFELEGEVERSICHERUNGSNIVEAU

Die Einführung der Pflegeversicherung verfolgte das Ziel, pflegebedürftige Menschen möglichst weitgehend von der Sozialhilfe unabhängig zu machen.

Waren bis zur Einführung der Pflegeversicherung rund 80 Prozent der Pflegebedürftigen in den Heimen auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen, während nur 20 Prozent sozialhilfefrei waren, so sollte nach Einführung der Pflegeversicherung dieses Verhältnis genau umgedreht werden.

Dieses Ziel konnte nicht ganz erreicht werden.

1997 waren etwa 30 Prozent der Pflegebedürftigen in den Heimen auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Dieser Prozentsatz dürfte sich mittlerweile aber auf etwa 40 Prozent erhöht haben.

Die Berechnung der Pflegesätze fußte auf Er-

kennnissen des Jahres 1992. Inzwischen ist fast ein Jahrzehnt vergangen und es zeigt sich, dass die Pflegeleistungen insbesondere bei den Schwerpflegebedürftigen gegenüber dem tatsächlichen Bedarf nicht ausreichen.

Hinzu kommt, dass die Länder ihren Verpflichtungen, die Investitionskosten der Pflegeheime zu finanzieren, weitgehend nicht nachgekommen sind und dass die Pflegesätze in einzelnen Heimen zum Teil astronomische Höhen erreicht haben.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, welches Niveau die Pflegeleistungen bei einem Beitragssatz von 1,7 Prozent in Zukunft verlässlich garantieren können.

Eine Verständigung über das künftige Pflegeversicherungsniveau ist die Grundlage für jede vernünftige Weiterentwicklung der Pflegeversicherung.

## 2. KOMPLEX: DEMENTZKRANKE

Konsensfähig ist der Vorschlag, altersdemente Menschen in die Pflegeversicherung mit einzubeziehen. Ungeklärt bleibt seitens der Bundesregierung, wie dieses Vorhaben finanziell zu realisieren ist, ein-

gedenk der Tatsache, dass der Pflegekasse durch das sog. Sparpaket allein im Jahr 2000 ein Betrag von 400 Mio. DM entzogen wird.

Darüber hinaus ist der Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums, Demenzkranke vornehmlich in Tagespflegeeinrichtungen betreuen zu lassen, als kontraproduktiv zu bewerten, da fachlich unbestritten ist, dass Altersverwirrte nicht aus ihrer gewohnten Umgebung heraus gerissen werden sollten.

## 3. KOMPLEX: ÜBERWACHUNG DER PFLEGEQUALITÄT

Die im Bereich der Qualitätssicherung geltenden Regelungen des Heimgesetzes, des SGB XI und des BSHG müssen harmonisiert werden. Dies schließt eine Überprüfung der Begrifflichkeiten ein. SGB XI, BSHG und Heimgesetz müssen zeitgleich und aufeinander abgestimmt novelliert werden.

Die unbedingt notwendige Harmonisierung darf nicht zu einer Vermischung der rechts-systematisch zu trennenden Regelungskreise von Ordnungsrecht und Leistungsrecht führen. Deshalb müssen die Aufgabenkreise exakt definiert werden. Die Mindeststandards

werden durch das Ordnungsrecht (Heimgesetz) vorgegeben: im Rahmen leistungsrechtlicher Vereinbarungen können weitergehende Festlegungen getroffen werden.

## 4. KOMPLEX: PFLEGEVERSICHERUNG/ KRANKENVERSICHERUNG

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Auskunft darüber zu geben, ob sie die Konzeption der Pflegeversicherung nach dem Grundsatz „Pflegeversicherung folgt der Krankenversicherung“ nach wie vor für richtig hält.

Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, darzulegen, ob sie weiterhin eine eigenständige Pflegeversicherung für sachgerecht hält oder ob die Pflegeversicherung besser in die Krankenversicherung integriert werden sollte.

Diese Fragen werden vor dem Hintergrund gestellt, dass aus Organisationsinteressen heraus im Bereich der Pflege massiv gegen den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ verstoßen wird.

So hat der Medizinische Dienst bei 3 Millionen Gutachterfällen in 600.000 Fällen Rehabilitation empfohlen. Tatsächlich sind praktisch keine Rehabilitations-

## Endlich Konzepte präsentieren

Anlässlich der Rentenkonsensgespräche am 18. Mai erklärten der Stellvertretende CDU-Bundsvorsitzende, Christian Wulff, und der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer:

Auch in der 7. Gesprächsrunde konnte der Arbeitsminister nicht ansatzweise ein abgestimmtes Konzept der Bundesregierung zur Rentenreform vorlegen. Auch beim Thema „Grundsicherung“ herrscht innerhalb des Regierungslagers totale Konfusion. Deswegen haben die Vertreter der Union Arbeitsminister Riester aufgefordert, spätestens am 8. Juni – und damit noch vor

dem Kanzler-Gespräch am 13. Juni – einen innerhalb der Bundesregierung abgestimmten Vorschlag zur privaten und gesetzlichen Altersvorsorge zu präsentieren.

Darin enthalten sein müssen verbindliche Aussagen zur Höhe von Rentenniveau und Beitragssatz und zum Umfang der steuerlich zu fördernden privaten Altersvorsorge.



Ch. Wulff



H. Seehofer

spräch mit dem Bundesfinanzminister am 7. Juni stattfinden wird. Außerdem sagte er zu, dass die Rentenreform unabhängig

### Verbindliche Zusage

Bundesminister Riester hat verbindlich zugesagt, dass das längst fällige Ge-

von dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts angegangen und umgesetzt wird. Damit sind anderslautende Meldungen des Bundesfinanzministers vom Tisch.

[http://](http://www.cdu.de/infonet)

[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

maßnahmen für Pflegebedürftige genehmigt worden. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Rehabilitationsmaßnahmen für Pflegebedürftige aus den Mitteln der Krankenversicherung zu finanzieren sind und diese offenbar solche Ausgaben scheut.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Beob-

achtung höchst unterschiedlicher Höhen der Gesamtheimentgelte. Trotz im wesentlichen gleicher Leistungen werden in demselben Land/in derselben Region und für dieselbe Stufe höchst unterschiedliche Entgelte verlangt und von den Pflegekassen, die ja höchstens die pauschalen Pflegesätze zahlen, auch akzeptiert.

### BEISPIELE

**Frankfurt am Main:** zwischen DM 8.593 und DM 5.706 monatlich für Stufe III

**Kassel:** für die Stufe III zwischen DM 6.361 und DM 4.790 monatlich

**Landkreis Limburg:** zwischen DM 6.296 und DM 4.174 oder DM 3.197 monatlich, auch für Stufe III. **UD**

# Die erfolgreiche **Bodenschutzpolitik** von Angela Merkel fortführen

*Zum fraktionsübergreifenden Antrag „Erarbeitung einer internationalen Bodenschutzkonvention“ im Umweltausschuss des deutschen Bundestages am 17. Mai erklärten der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek, und die Berichterstatterin für den Bodenschutz, Christa Reichard:*

*Der Bericht des wissenschaftlichen Beirats beim BMU hat uns in unserer Ansicht bestätigt, dass der Bodenschutz zu den vordringlichen Aufgaben nationalen und internationalen Umweltschutzes gehören muss. Bestätigt wurde auch die Bodenpolitik unter der vormaligen Umweltministerin Angela Merkel. Sie hatte den Boden bereits als knappe Ressource erkannt und sich in ihrem umweltpolitischen Schwerpunktprogramm für einen sparsamen und schonenden Umgang mit den Böden eingesetzt.*

*Die Union setzt sich dafür ein, die erfolgreiche Bodenpolitik der Vorgängerregierung fortzuführen, die Sensibilität für die Notwendigkeit des Boden-*

*schutzes in der Bevölkerung zu fördern und den Bodenschutz in den verschiedenen umweltrechtlichen Regelungen als zu beachtendes Element festzuschreiben.*

*Der Bodenschutz ist auch ein globales Problem: Die Degradation, also die Verschlechterung der Bodenqualität, betrifft die meisten Länder der Erde. Erosion und Wüstenbildung, aber auch die Industrie- und Bevölkerungsentwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern, fordern zu einem international abgestimmten Vorgehen zum Schutz des Bodens auf.*

*Wichtig ist es deshalb, in die Umsetzung der bereits ratifizierten Abkommen (neben der Wüstenkonvention die Konventionen zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt) verstärkt Aspekte des Bodenschutzes zu integrieren. Die Diskussion hierzu muss umfassend geführt werden. Im Rahmen des Rio-Prozesses sollte die Konferenz Rio+10 im Jahre 2002 u.a. eine politische Erklärung zum Bodenschutz abgeben. Die deutsche Verhandlungsseite wird aufgefordert, auf eine solche Erklärung hinzuwirken.*

## ASYL UND ARBEIT

### Keine neuen Anreize schaffen

*Zu den Plänen der Bundesregierung, das Arbeitsverbot für Asylbewerber aufzuheben, erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU, Wolfgang Bosbach:*

*Weit über 90 % der Asylbewerber kommen nicht auf Grund politischer Verfolgung, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. Die*

*Anerkennungsquote beträgt 3 %. Die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber würde sich schnell herumsprechen und die Hoffnung verstärken, unter Missbrauch des Asylrechts nach Deutschland einreisen und auf Dauer bleiben zu können. Wir sollten alles unterlassen, was weitere Anreize schaffen könnte.*



## CDU richtet Arbeitskreis Bioethik ein

**Die verantwortungsbewusste Anwendung der Bio- und Gentechnik steht für die CDU außer Frage. Der Verzicht auf die Nutzung der Chancen in den Bereichen Medizin, Umweltschutz und Ernährung wäre ethisch nicht vertretbar. Zudem haben die Biowissenschaften als Leitwissenschaften des 21. Jahrhunderts ein enormes wirtschaftliches Potential, an dem Deutschland partizipieren soll.**

Eine verantwortungsvolle Politik muss jedoch auch sicherstellen, dass ethische Grenzen eingehalten werden. Nicht alles, was technisch möglich ist, darf realisiert werden. Die Grundforderungen der CDU basieren auf dem christlichen Verständnis vom Menschen: Wahrung der unveräußerlichen Menschenwürde, Verantwortung für die Schöpfung und Verantwortung für zukünftige Generationen.

### Klar definierte Grenzen setzen

Diese Prinzipien sind Richtschnur für die konkrete Auseinandersetzung mit den rasanten Entwicklun-

gen der Biotechnik und der Fortpflanzungsmedizin.

Schwerpunkte der aktuellen Diskussion sind Fragen der genetischen Diagnostik und insbesondere der Präimplantationsdiagnostik, der Embryonenforschung, der Gentherapie und der Klonierung. Es geht darum, ethisch begründete Richtlinien zu entwickeln, die der Forschung und der medizinischen Anwendung klar definierte Grenzen setzen.

Die CDU wird sich in den kommenden Monaten verstärkt mit den ethischen Herausforderungen der modernen Bio- und Gentechnik auseinandersetzen. Hierzu wurde ein Arbeitskreis eingerichtet, dem neben Politikern auch hochrangige Experten aus den Bereichen Ethik, Medizin, Naturwissenschaft und Recht angehören. Den Vorsitz hat Frau Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP übernommen. Sie ist Mitglied des Bundesvorstands der CDU, Naturwissenschaftlerin und Forschungsexpertin der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Dr. Quisthoudt-Rowohl: „Der Mensch mit seiner unveräußerlichen Würde steht

für uns im Mittelpunkt. Ideen von einem Mensch nach Maß, als Objekt züchterischer Verfahren, lehnt die CDU ebenso ab wie eine Reduzierung des Menschen auf seine Gene.“

### AGRARBERICHT

## Ungenügend

**Anlässlich der Debatte zum Agrarbericht 2000 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:**

Rot-Grün legt zum 2. Mal einen Agrarbericht vor, zum 1. Mal spiegelt er das Ergebnis von rot-grüner Agrarpolitik wider. Als Wertung bleibt nur die Note ungenügend. Die Gewinne je Unternehmen sind mit über 7 % zurückgegangen, auch für das laufende Wirtschaftsjahr ist kaum mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen. Die Zahl der Betriebsaufgaben liegt deutlich über dem normalen Maß des Strukturwandels: deutlicher Hinweis darauf, wie wenig Vertrauen die Landwirtschaft zu dieser Regierung hat.

# Steffie Schnoor neue Landesvorsitzende

*Die CDU Mecklenburg-Vorpommern hat mit Steffie Schnoor eine neue Landesvorsitzende. Nachdem Angela Merkel an die Spitze der Bundespartei aufrückte, war der Wechsel im Landesverband notwendig geworden. Angela Merkel hatte sieben Jahre an der Spitze der Nordost-CDU gestanden.*

Steffie Schnoor, die mit 72, 8 Prozent gewählt wurde, kündigte eine harte, aber sachliche und menschlich vernünftige Auseinandersetzung mit der SPD/PDS-Landesregierung an. Es ginge darum, Mecklenburg-Vorpommern nach vorn zu bringen. Dabei wolle sie die Partei nicht allein führen, sondern gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion Eckhardt Rehberg dafür sorgen, daß die CDU 2002 wieder Regierungsverantwortung trägt.

Für Steffie Schnoor steht fest, daß die Rückkehr in die Landesregierung über die Kommunen zu erreichen ist. Deshalb bezeichnete sie die bevorstehenden Direktwahlen der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister als große Herausforderung. Als erste Bewährungs-



*Steffie Schnoor erhält nach ihrer Wahl Blumen von Angela Merkel. Im Hintergrund: stellv. Parteivorsitzender Harald Lastorka (links) und Landesschatzmeister Lorenz Coffier.*

probe müsse die Landratswahl am 13. August 2000 im Landkreis Demmin angesehen werden. Hier sei die gesamte Partei gefordert, unter dem Motto „Vorpommern bleibt schwarz“ zu kämpfen.

Als Landesvorsitzende will sich Steffie Schnoor intensiv um die Parteibasis kümmern. Sie werde sehr viel vor Ort sein, kündigte sie an. Politik muß Spaß machen, dieses Motto wolle sie vermitteln.

Weil die neue Landesvorsitzende bislang stellvertretende Parteichefin war, wählte der Landesparteitag in Rostock den Bundestagsabgeordneten Ulrich Adam zum neuen Stellvertreter. Durch eine Satzungsänderung wurde die Bundesvorsitzende Angela Merkel zum ordentlichen Mitglied des

Landesvorstandes. Um die finanziellen Folgen der Spendenproblematik der Bundespartei im Landesverband zu lösen, beschlossen die Delegierten ein Maßnahmenpaket.

Dies sieht neben Einsparungen in der Landesgeschäftsstelle und erhöhten Sonderbeiträgen der Mandatsträger auch die Einführung einer Umlage der Kreise an den Landesverband vor. Diese setzt sich aus einem Sockelbetrag von jährlich 1.800 DM pro Kreisverband und einer mitgliederabhängigen Komponente von 40 Pfennig pro Mitglied und Monat zusammen.

Damit will die CDU Mecklenburg-Vorpommern erreichen, dass für den Landtagswahlkampf 2002 ausreichend Rücklagen bereit stehen.

GESUNDHEITSMINISTERIN REGINA GÖRNER STARTET

## Kampagne zur Früherkennung

*Den Startschuss zu einer Kampagne, die der Vermeidung und Früherkennung von Krebs im Bereich von Mund und Rachen dient, hat die saarländische Gesundheitsministerin Regina Görner gegeben und erklärt:*

*Rein zahlenmäßig erkranken zwar weniger Menschen an Krebs im Mund- und Rachenraum als etwa an Brust- oder Darmkrebs, aber erschreckenderweise sind es häufig gerade Menschen jüngerer bzw. mittleren Alters. Alle saarländischen Ärztinnen und Ärzte sollten verstärkt auf die Früherkennungsmerkmale*

*dieser Erkrankung achten. Die jetzt vorgestellte Ärzteinformation, die in Kürze die wichtigsten Aspekte zusammengefasst, soll sie darin unterstützen.*

### Chance nutzen

*Die Broschüre geht in den nächsten Tagen allen (Fach-)Ärzten für Allgemein- und Zahnmedizin, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, Hämatologie und Onkologie zu. Auch die Krankenhäuser werden beliefert. Mit dieser Kampagne appelliere ich*

*auch an die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes. Jeder Einzelne kann nämlich sehr viel gegen das Entstehen dieses Tumors tun, einfach indem er weniger Alkohol trinkt und nicht raucht. Alkohol und Tabak sind die Hauptverursacher von Krebs im Mund- und Rachenraum.*

*Die Bürger und Bürgerinnen können sich in dem Falblatt „Krebs erkennen, heißt Chance nutzen“ informieren, das in den Arztpraxen ausgelegt wird.*

[http://](http://www.lags.de)

Näheres zum Thema:  
[www.lags.de](http://www.lags.de)

## STRAFVOLLZUG

### „Schwitzen statt Sitzen“ ersparte Hessen 1999 zwölf Millionen Mark

*Durch das Programm „Schwitzen statt Sitzen“ hat das Land Hessen im vergangenen Jahr Haftkosten von rund zwölf Millionen Mark eingespart.*

*Wie das Justizministerium in Wiesbaden mitteilte, leisteten 2 383 Straftäter insgesamt 74 373 Tage gemeinnützige Arbeit. Sie*

*entschieden sich damit gegen eine Ersatzfreiheitsstrafe, die fällig wird, wenn eine Geldstrafe nicht bezahlt werden kann.*

### Gutes Ergebnis

*Die Zahl der Straftäter, die das Programm nutzten, erhöhte sich den Angaben zufolge*

*um 7,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Hessens Justizminister Christian Wagner: Dieses hervorragende Ergebnis trägt mit dazu bei, dass nicht nur die hessischen Haftanstalten entlastet wurden, sondern auch die Straftäter durch ihre Arbeit eine nützliche Leistung für die Allgemeinheit*

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## BERLINER MORGEN

### STEUERREFORM

#### Berechtigte Korrektur

Die rot-grüne Steuerreform ist, bei allen Mängeln im Detail, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Union drängt berechtigterweise auf Korrekturen und sichert im gleichen Atemzug zu, im Bundesrat keine Dauerblockade zu planen. Eichel sollte sich durchringen, bei der Entlastung von Bürgern und Unternehmen noch etwas nachzulegen, damit die Konjunktur nachhaltig angekurbelt wird und der Aufschwung auch am Arbeitsmarkt spürbar werden kann. Die Welt

#### Erste Kraftprobe

Angriffsfläche bietet die Reform, weil sie keinen überzeugenden Weg zur Gleichbehandlung von Mittelstand und Großindustrie enthält. Das Konzept ist damit weniger zukunftssicher als von der Regierung angekündigt. Um diesen Konstruktionsfehler zu beseiti-

gen, muss der Einkommensteuertarif weiter gesenkt werden. Hier setzt die Union an, mit steigenden Erfolgsaussichten.

Frankfurter Allgemeine

### NACH DER WAHL

#### Rot-grünes Weiter-so

Nordrhein-Westfalen, Deutschlands größtes und stärkstes Bundesland hat gewählt - und nichts verändert sich? Mehr als vierzig Prozent der Wahlberechtigten scheinen genau dies erwartet zu haben und sind einfach zu Hause geblieben. Ob sie nun zufrieden sind, weiss man nicht. Aber die anderen, die ihr Kreuzchen gezeichnet haben, können vorerst kaum zufrieden sein.

Alle Parteien, mit Ausnahme der FDP, haben ihr Wahlziel nicht erreicht. Hinter dem Scheitern ihrer Ambitionen steckt ein Bündel von Botschaften, die jede Partei für sich entziffern muss. Da kam einer, versprach, den Laden einmal so richtig aufzumischen: Jürgen Möllemann. Er bekräf-

tigte das mit etlichen Purzelbäumen und einigen Ideen. Schon stimmten ihm nahezu zehn Prozent der Wähler zu.

Frankfurter Allgemeine

### SOMMERSMOG

#### Gepennt

Alles, was die Bundesregierung gegen den Sommersmog unternehmen will, ist richtig. Doch nichts davon, weder eine höhere Kfz-Steuer für Motorräder noch die Kennzeichnung von Lacken, wird die Bevölkerung vor dem Sommersmog 2000 schützen, vor gereizten Atemwegen und Asthma-attacken, vor faktischem Hausarrest für Kinder und Alte, vor versauten Sportabenden und Spaziergängen. Denn die Maßnahmen greifen frühestens im nächsten Jahr. Hat der Umweltminister gepennt oder hat er Angst, für die nötigen Verbote gerade zu stehen? Hindern ihn der Kanzler und der Verkehrsminister an den richtigen Aktionen? Die rot-grüne Regierung ist es den Millionen Ozon-Geschä-

# NEU NPOST WIRTSCHAFT GRÜNDUNGSJAHR 1920 WIRTSCHAFT WIRTSCHAFT

digten schuldig, dass sie Sofortmaßnahmen ergreift.

Berliner Zeitung

## NACH KARLSRUHE

### Armutszeugnis

Finanzminister Eichel will dem Verfassungsgericht Beine machen. Vor dem Urteil zur Rentenbesteuerung wird es keine Rentenreform geben, erklärt der SPD-Mann. Bleibt das lange erwartete Urteil in diesem Jahr aus, kann der Reformfahrplan eben nicht eingehalten werden. Wer regiert eigentlich in diesem Lande? Ist der Gesetzgeber nicht in der Lage, ein für Deutschland entscheidend wichtiges Vorhaben ohne Zutun der Verfassungsrichter durchziehen? Immer häufiger schiebt die Politik ihre Aufgaben Karlsruhe zu. Das letzte Aufsehen erregende Beispiel war das Familienurteil. Seit Jahren war deutlich, dass das Steuersystem Eltern finanziell überfordert. Trotz warmer Parteienworte bestand der Zustand fort, bis das Gericht den Gesetzgeber zur Korrek-

## LANDESPARTEITAG IN BREMEN

### Bernd Neumann wieder gewählt

Der Bundestagsabgeordnete Bernd Neumann bleibt Vorsitzender der CDU in Bremen. Auf einem Landesparteitag wurde er mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Neumann erhielt 184 Ja-, 28 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen, was einer Zustimmung von 86,8 Prozent entspricht. In seiner Grundsatzrede plädierte Neumann für eine Fortsetzung der großen Koalition über die laufende Legislaturperiode hinaus.

tur zwang. Ähnlich lagen die Dinge beim so genannten Mütterurteil, das berufstätigen Müttern höhere Rentenansprüche bescherte. Stets leistet die Politik den Auflagen zwar Folge, tut aber immer nur das Minimum dessen, was die Richter verlangen.

Die Welt

## BAUWIRTSCHAFT

### Hut ab vor Geißler

Im letzten Moment haben die Bau-Tarifpartner in den neuen Ländern bei ihrer Lohnauseinandersetzung einen Kompromiss gefunden. Damit ist ein Streik vermieden worden, der niemandem genützt hätte, am wenigsten den Bauarbei-

tern. Trotzdem ist es gut, dass beide Seiten sozusagen bis fünf vor zwölf am Verhandlungstisch gekämpft haben. Denn ihnen ist eine Einigung gelungen, die mit geringerem Aufwand offenbar nicht zu haben war. Die deutliche Erhöhung des Mindestlohns um denselben Prozentsatz wie in den alten Ländern entspricht der berechtigten Forderung von IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel, den Abstand zwischen Ost und West nicht noch größer werden zu lassen. Gleichzeitig haben die Arbeitgeber erreichen können, dass Arbeitszeitflexibilisierung und Mindestlöhne miteinander kombiniert werden können. Hut ab vor Schlichter Heiner Geißler.

Die Welt

## Veranstaltungen des Europa-Büros

### ■ 6. Juni:

Veranstaltung für eine Delegation junger Führungskräfte aus Mittel- und Osteuropa in Kooperation mit der Robert-Schuman-Stiftung aus Budapest.

### ■ 7. Juni:

Vortragsveranstaltung mit Prof. Janne Haaland Matlary, Leiterin der Abteilung für politische Wissenschaften der Universität Oslo, zum Thema: „Die norwegische Europapolitik“.

### ■ 8. Juni:

Vortragsveranstaltung mit dem österreichischen Wirtschaftsminister Bartenstein in Kooperation mit dem EU-Wirtschaftskreis „Die Europäische Wirtschaftspolitik der neuen österreichischen Regierung“.

### ■ 21. Juni:

Vortragsveranstaltung mit Bodo Hombach, Special Coordinator des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. „Die Weiterentwicklung des Stabilitätspaktes“.

### ■ 17. Juli:

Europäische Konferenz in Berlin zum Thema: „Deutschland und die Vereinigten Staaten - Partner in Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft“.

### ■ 11.-15. September:

Internationale Expertentagung in Kooperation mit

## Diesmal zwei erste Preise

**Der 1. Preis beim Lokaljournalisten-Wettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) wird in diesem Jahr zweigeteilt:**

Damit werden sowohl das Flensburger Tageblatt als auch die Magdeburger Volksstimme mit jeweils 7.500 Mark ausgezeichnet.

Platz drei (2.500 Mark) erhält die Lausitzer Rundschau. Weitere fünf Zeitungen bekommen Sonderpreise mit jeweils 1.000 Mark.

Das Flensburger Tageblatt (Schleswig-Holsteinerischer Zeitungsverlag) wird für die „Jahrhundert-Story“ ausgezeichnet - ein bislang bundesweit einmaliges Langzeit-Geschichtsprojekt. Hier wurde Landesgeschichte lebendig, wissenschaftliche Beratung eingeholt und sowohl mit

anderen Medien als auch mit Schulen kooperiert. Öffentliche Veranstaltungen krönten ein Projekt, das darüber hinaus in Buchform aufbereitet wurde. Auch die Magdeburger Volksstimme überzeugte die Jury mit ihrem ausgefeilten Konzept, sich mit deutscher Geschichte auseinanderzusetzen.



Konrad  
Adenauer-  
Stiftung

zen: Zehn Jahre nach dem Mauerfall 1989 wurde hier lokale und regionale Zeitgeschichte sehr überzeugend aufbereitet, schwerpunktmäßig in der Serie „Das Jahrhundert“. Die Jury überzeugte vor allem, dass die Redakteure dabei auch vor Tabu-Themen nicht halt machten.

DaimlerChrysler und der KAS-Außenstelle Washington, „Die Fortentwicklung der transatlantischen Agenda in Wirtschaft und Politik“.

### ■ 21. September:

Vortragsveranstaltung mit Christine Lieberknecht, Präsidentin des Thüringer Landtags, „Deutscher Föderalismus im Europa der Regionen“.

### ■ September:

Internationales Symposium mit den Chefunterhändlern (stellv. Außenministern) der Visegrad-Länder (Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Slowakische Republik).

[http://](http://www.kas.de)

Weitere Termine:  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

# ZUR SACHE:

## Regieren statt streiten!

Weltweit zieht die Konjunktur an. Das ist eine gute Entwicklung, die sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken könnte.

**KÖNNTE ...**

Wenn die Bundesregierung ihre Hausaufgaben machen würde.

**WÜRDE ...**

Wenn Rot-Grün ein vernünftiges Konzept für dringend anstehende Reformen hätte.

**HÄTTE ...**

**Tatsache ist:**

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung gehört in Europa zur Gruppe der Schlusslichter. Wir waren mal besser! Die Schröder-Regierung bringt nichts auf die Reihe. Die Koalitionspartner sind in allen wichtigen Fragen heillos zerstritten. Jeden Tag werden neue Vorschläge verkündet, aber nichts wird entschieden.

**Rot-Grün muss das hausgemachte Chaos beenden.  
Unser Land braucht vernünftige Entscheidungen  
statt sinnlosen Dauerstreit!  
Deutschland braucht den  
politischen Aufbruch.**

**Beispiel: Steuern**

Die SPD plant eine Reform, mit der schon bald mittlere Einkommensgruppen in die Spitzenbesteuerung hineinwachsen. Unvernünftig. Die Grünen lehnen das ab. Eigentlich vernünftig. Die dringend benötigte Steuerreform bleibt dabei auf der Strecke.

**Beispiel: Rente**

Arbeitsminister Riester will bis Juli ein neues Rentengesetz verabschieden. Finanzminister Eichel will das Vorhaben um ein Jahr verschieben. Rot-Grün weiß weder was sie wollen, noch wann sie wollen.

**Beispiel: Bundeswehr**

Die Grünen wollen 200 000 Mann Berufswehr ohne Wehrpflicht. Die SPD will 280 000 Mann mit Wehrpflicht. Die Regierung streitet auf dem Rücken unserer Soldaten.

**CDU**

